

HFR-Verwaltungsrat soll kleiner werden

Das Kantonsparlament erklärte gestern mit nur einer Gegenstimme eine Motion für erheblich, die den Verwaltungsrat des Freiburger Spitals verkleinern und professionalisieren möchte.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Der Grosse Rat hat gestern ein unmissverständliches Bekenntnis zu einer Verkleinerung und Professionalisierung des Verwaltungsrats des Freiburger Spitals (HFR) abgegeben. Dies nur fünf Tage, nachdem der bisherige HFR-Verwaltungspräsident Philippe Menoud seinen Rücktritt auf Ende Jahr hin bekannt gegeben hatte (die FN berichteten).

«Es braucht einen Verwaltungsrat mit professionellen Zuständigkeiten und einer klaren Strategie.»

Anne-Claude Demierre
Staatsrätin (SP)

Mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme erklärte das Kantonsparlament gestern bei fünf Enthaltungen eine entsprechende Motion von Pierre Mauron (SP, Riaz) und Nicolas Kolly (SVP, Essert) für erheblich. Die einzige Gegenstimme stammte notabene vom ehemaligen CVP-Kantonalpräsidenten, Grossrat André Schoenenweid (Freiburg), der selbst im HFR-Verwaltungsrat sitzt. Seine Begründung war, dass eine Totalrevision des Spitalgesetzes wichtiger sei als diese Detailkorrektur des Führungssystems.

Gesetzesvorlage im November

Die ganze Debatte drehte sich vor allem um die Frage, in



Der HFR-Verwaltungsrat soll kleiner und professioneller werden. So beschloss es gestern das Kantonsparlament.

Bild Alain Wicht/a

welcher Reihenfolge die Probleme des HFR anzugehen seien und ob eine Totalrevision des Spitalgesetzes nicht opportuner wäre als die Erheblicherklärung dieser Motion. Diese soll jedoch erst in der Novembersession vor den Grossen Rat kommen, mit dem optimistischen Ziel, die neue strategische Führungsmannschaft des Spitals Anfang Jahr an Bord zu haben (die FN berichteten). Sämtliche Fraktionen sowie der Staatsrat unter-

stützten gestern Maurons und Kollys Motion. In der Diskussion ergriffen – wie so oft, wenn es um das HFR geht – vor allem die Ärzte im Grossen Rat das Wort. «Die Verkleinerung und Professionalisierung des HFR-Verwaltungsrats ist wichtig, aber nur ein Teilschritt zur Lösung der aktuellen Probleme», sagte Ralph Alexander Schmid (Grünliberale, Lugnorre). Die Verantwortung für die Probleme trügen alle Involvierten gleichermaßen: der

Staatsrat, der Verwaltungsrat und der Grosse Rat. Jean-Daniel Schumacher (FDP, Bürglen) wollte von Gesundheitsdirektorin Anne-Claude Demierre (SP) wissen, wie sie ihr Amt als Staatsrätin mit demjenigen als HFR-Verwaltungsrätin in Einklang bringen könne. Demierre entgegnete, dass sie im Staatsrat jedes Mal in den Ausstand trete, wenn es in einer internen Ausmarchung um das HFR gehe. Sie äusserte auch den Wunsch,

dass die vorberatende Kommission im Hinblick auf die Totalrevision des Spitalgesetzes möglichst noch im Verlauf dieser Grossratssession zu konstituieren sei. Ebenso bald sei dann eine Auswahlkommission für den neuen HFR-Verwaltungsrat zu besetzen. Es braucht laut Demierre einen Verwaltungsrat mit «professionellen Zuständigkeiten und einer klaren Strategie» sowie «Überlegungen zu den einzelnen Spital-Standorten».

Hilfe für die Begleiteten Besuchstage

FREIBURG Den Trägerverein für Begleitete Besuchstage Freiburg plagten grosse Probleme – sowohl in finanzieller Hinsicht als auch, was die Suche nach einer geeigneten neuen Lokalität betrifft. Die Justizkommission des Grossen Rats will Abhilfe schaffen. In einem Ordnungsantrag verlangte sie daher gestern vom Kantonsparlament, eine von ihr eingereichte Motion mit dem Ziel, adäquate kantonale Strukturen für diese Aufgabe zu schaffen, für dringlich zu erklären. Der Präsident der Justizkommission, Nicolas Kolly (SVP, Essert), sprach von Wartezeiten von bis zu neun Monaten, was für die betroffenen Scheidungskinder inakzeptabel sei. Der Grosse Rat folgte dieser Argumentation und erklärte die Motion mit 86 zu null Stimmen für dringlich. *jc*

Steuerliche Erleichterung

FREIBURG Die Freiburger Gemeinden, Gemeindeverbände und Agglomerationen sollen beim Erwerb von Grundstücken, die direkt für öffentliche Zwecke bestimmt sind, künftig von den Handänderungssteuern befreit werden. Mit 91 zu null Stimmen erklärte der Grosse Rat gestern eine Motion von Bruno Marmier (Grüne, Villars-sur-Glâne) und Laurent Dietrich (CVP, Freiburg) für erheblich. Er folgte damit dem Antrag des Staatsrats, den ursprünglichen Text der Motion abzuschwächen. Diese hatte gefordert, dass die erwähnten Institutionen beim Erwerb von Grundstücken generell von der Handänderungssteuer befreit werden. *jc*

CVP-Grossräte setzen auf Fede

FREIBURG Die Grossräte Bertrand Morel (CVP, Lentigny) und Christian Ducotterd (CVP, Grolley) hatten in einer Motion gefordert, den Staatsangestellten den Unterstützungsbeitrag für die Föderation der Staatsangestellten (Fede) nur dann automatisch vom Lohn abzuziehen, wenn keine ausdrückliche Ablehnung vorliegt. Gestern zogen die beiden diese Motion allerdings zurück, mit der Begründung, dass die Fede ein viel verlässlicherer Partner darstelle als etwa der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), und dass es die Fede weiterhin zu stärken gelte. *jc*

Abfuhr für grünes Postulat

FREIBURG Die grünen Grossratsmitglieder Bruno Marmier (Villars-sur-Glâne) und Sylvie Bonvin-Sansonens (Rueyres-Prés) wollten den Staat mit einem Postulat auffordern, die Massnahmen gegen sexuelle Belästigung zu verstärken. Diesem Anliegen erteilte der Grosse Rat gestern mit 49 zu 30 Stimmen bei sechs Enthaltungen eine Abfuhr. Zwar waren sich alle Anwesenden einig, dass sexuelle Belästigung verabscheuungswürdig sei. Jedoch hielten alle Votanten die existierenden Strukturen des Kantons für ausreichend. *jc*

«Anpassung im Zeichen des Klimawandels»

Der Grosse Rat stimmte gestern einer Revision des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen zu.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Der Wald im Kanton Freiburg soll besser vor den Folgen des Klimawandels und Schadorganismen geschützt werden. Mit 90 zu einer Stimmen sagte der Grosse Rat gestern Ja zu einer entsprechenden Änderung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen.

Die Gesetzesrevision lockert unter anderem die Regeln zu den Bewirtschaftungsstrukturen. So wird die Zusammenlegung von Betriebseinheiten erleichtert, die als eigentliche Forstbetriebe funktionieren. Auch die Aufnahme von Privatwaldeigentümern in die Betriebseinheiten wird gefördert. Sie bleibt aber freiwillig. Weiter ist vorgesehen, eine Konsultativkommission für den Wald einzusetzen. Sie hat den Auftrag, die Umsetzung der Ziele der kantonalen Waldrichtplanung zu kontrollieren.

Die Beratungen zu diesem Gesetz begannen bereits vorgestern und zogen sich mit zwei Lesungen über zwei Sitzungstage hin – obwohl das Geschäft grundsätzlich unumstritten

war und sich sämtliche Fraktionen für ein Eintreten auf die Vorlage ausgesprochen hatten.

«Wir begrüßen diese Anpassung im Zeichen des Klimawandels», sagte Simon Bischof (SP, Ursy) im Verlauf der Eintretensdebatte. Antoinette de Weck (FDP, Freiburg) sprach von einer schlicht notwendigen Anpassung an die gesetzlichen Vorgaben des Bundes. Bertrand Gaillard (CVP, La Roche) lobte die angestrebte «Verbesserung der Waldstrukturen».

Philippe Demierre (SVP, Esmonds) schätzte den walddpolitischen Ansatz des Gesetzesprojekts, warnte aber vor einer zu starken Zentralisierung auf Verwaltungsebene. Und gemäss Sylvie Bonvin-Sansonens (Grüne, Rueyres-les-Prés), die im Namen der Mitte-links-Grün-Fraktion sprach, muss «alles, was im Wald passiert, auch entsprechend koordiniert werden».

Im Laufe der Detailberatung scheiterte ein Änderungsantrag von Yvan Hunziker (FDP, Semsales) mit 19 gegen 75 Stimmen, der eine «weniger restriktive» Regelung bei den Wald-Velowegen gefordert hatte. Auch Philippe Demierre scheiterte mit seinem Änderungsantrag, der eine andere Regelung bei Übertretungen der Waldgesetzgebung verlangt hatte, mit 23 zu 71 Stimmen.

Die Zeit ist reif für die elektronischen Dossiers

Der Kanton Freiburg führt flächendeckend elektronische Patientendossiers ein. Er folgt damit den Vorgaben des Bundes.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Die Eidgenossenschaft will den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie beim Führen von Patientendossiers. Wenn sich alle Akteure im Gesundheitswesen vernetzen, dann sorgt dies laut den Vorgaben des Bundes für eine bessere Koordination, Versorgungssicherheit, Effizienz und Transparenz (die FN berichteten).

Nun zieht auch der Kanton Freiburg nach. Mit 92 zu null Stimmen stimmte der Grosse Rat gestern einstimmig für die Einführung von elektronischen Patientendossiers und einen entsprechenden Rahmenkredit von rund 5,2 Millionen Franken für die Jahre 2019 bis 2022. In diesem ist eine finanzielle Beteiligung des Bundes von schätzungsweise 740 000 Franken enthalten.

Bereits heute haben Spitäler, Apotheken, Arztpraxen und Gesundheitsfachpersonen ihre Patientendossiers mehrheitlich elektronisch erfasst. Nun geht es um die Vernetzung dieser Informationen unter allen Gesundheitsfachleuten, die an

der Versorgung eines Patienten beteiligt sind.

Sämtliche Fraktionen hatten sich für ein Eintreten auf die Vorlage ausgesprochen. Allerdings wurde von verschiedener Seite bemängelt, dass die Folgekosten ab 2023 nicht im Dekret enthalten waren. Ausserdem sei die Datensicherheit nicht unproblematisch, ebenso die Tatsache, dass die Beteiligung der Patienten an diesem neuen System auf Freiwilligkeit beruhen müsse.

Per Fax - im Jahr 2018

Gesundheitsdirektorin Anne-Claude Demierre (SP) versicherte freilich, dass bei diesen Patientendaten die gleichen Sicherheitsstandards wie beim E-Banking zum Zuge kämen. Ausserdem scheint die Digitalisierung in diesem Bereich nicht nur vom Bund zwingend vorgegeben, sondern schlicht auch zeitgemäss zu sein.

Es sei unglaublich, wenn man bedenke, dass bis anhin viele Ärzte immer noch per Fax miteinander kommuniziert hätten, gab etwa Grossrätin Chantal Müller (SP, Murten) zu bedenken. Michel Zadory (SVP, Estavayer-le-Lac) erinnerte sich seinerseits an eine eigene Erfahrung als Patient, bei der die Weitergabe seiner Daten vom Freiburger Spital an das Interkantonale Spital der Broye schlicht unmöglich gewesen sei.

Express

Zwei neue Ämter für Nicolas Pasquier

FREIBURG Im Rahmen der gestrigen Grossratssitzung wurde Nicolas Pasquier (Grüne, Bulle) gleich in zwei neue Ämter gewählt. Er wird Mitglied der freiburgischen Delegation der Interparlamentarische Aufschichtskommission über die Fachhochschule Westschweiz sowie Mitglied des Schulrats der Fachhochschule Westschweiz. Armand Jaquier (SP, Romont) wird Mitglied der Petitionskommission, Rose-Marie Rodriguez (SP, Estavayer-le-Lac) amtiert ab der Oktobersession als Stimmzählerin. *jc*

Reklame



Restaurant zum Kantonsschild

13. – 14. + 17. – 21. Sept.

Entdecken und geniessen

Genusswoche

Menü: Seeland-Schaffhauser-Mariage

Neue Öffnungszeiten
9 – 14 Uhr und 18 – 22 Uhr

Tel. 026 418 93 96
kantonsschild-galmiz.ch